

# § 2 Strafrecht Allgemeiner Teil II – Sanktionen

## I. Medien und Strafzumessung

### 1. Allgemeines

Im Prozess richterlicher Urteilsfindung ist die Strafzumessung einer der letzten Akte, dem zahlreiche strafrechtliche Vorentscheidungen über Tat und Rechtsfolgen vorausgegangen sind. Gesetzlich ist eine bestimmte Reihenfolge nicht vorgeschrieben, jedoch besteht zumindest teilweise eine rechtslogisch begründete Vor- oder Nachrangigkeit der einzelnen Schritte im Verhältnis zueinander<sup>1</sup>. Steht fest, dass ein Sachurteil überhaupt ergehen darf<sup>2</sup>, ist zunächst zu entscheiden, ob der Angeklagte eine Straftat begangen hat (Schuldspruch), § 260 Abs. 4 S. 1 StPO<sup>3</sup>. Bejahendenfalls ist die Verhängung einer Strafe als Hauptrechtsfolge grundsätzlich geboten. Sofern jedoch Umstände vorliegen, an die eine spezielle Vorschrift das obligatorische (§ 60 S. 1 StGB) oder fakultative (z. B. § 46 a StGB) Absehen von Bestrafung knüpft, ist zunächst darüber zu entscheiden. Gegebenenfalls kann in diesem Zusammenhang bereits ein Vorgriff auf das tat- und schuldangemessene Strafmaß erforderlich werden, wie etwa bei §§ 60 S. 2, 46 a, 46 b Abs. 1 S. 4 StGB. Kommt ein Absehen von Strafe nicht in Betracht, ist zu klären, welcher Strafraumen der Strafmaßentscheidung zugrunde zu legen ist<sup>4</sup>. Dies ergibt sich zunächst aus dem Straftatbestand, auf dem der Schuldspruch beruht. Gegebenenfalls ist in Bezug auf ein und denselben Straftatbestand eine Auswahlentscheidung zwischen dem Normalstrafrahmen und einem Sonderstrafrahmen für besonders schwere oder/und minder schwere Fälle zu treffen<sup>5</sup>. Eine derartige Strafraumen-Trichotomie gibt es z. B. beim Verbrechen der sexuellen Nötigung (§ 177 StGB): Normalstrafrahmen Absatz 1, besonders schwere

<sup>1</sup> Meyer-Goßner, § 194 GVG Rn. 1.

<sup>2</sup> Das ist nicht der Fall, wenn das Verfahren wegen eines Verfahrenshindernisses (z. B. Verjährung, § 78 StGB) oder endgültigen Fehlens einer Verfahrensvoraussetzung (z. B. Strafantrag, § 77 StGB) eingestellt werden muss, Jescheck/Weigend, vor § 85; Meyer-Goßner, Einleitung Rn. 141 ff.

<sup>3</sup> Meyer-Goßner, § 260 Rn. 21.

<sup>4</sup> Bunz Jura 2011, 14 (15); Günther JZ 1989, 1025 (1026); Jescheck/Weigend, § 82 II 1.

<sup>5</sup> Jescheck/Weigend, § 82 II 2.

Fälle Absatz 2 und minder schwere Fälle Absatz 5<sup>6</sup>. Eine Senkung des Strafrahmenniveaus ist vorzunehmen, wenn eine Vorschrift zur Anwendung kommt, die auf § 49 StGB verweist (z. B. §§ 13 Abs. 2, 21, 157 StGB). Beruht der Schuldspruch auf mehreren verwirklichten Straftatbeständen oder sogar auf mehreren Taten, ist das Konkurrenzverhältnis zu berücksichtigen. Im Falle von Idealkonkurrenz ist der Strafrahmen zu ermitteln, der die höchste Strafe ermöglicht, § 52 Abs. 2 S. 1 StGB. Besteht Realkonkurrenz, kommen vor der Bildung der Gesamtstrafe (§ 54 StGB) zunächst einmal sämtliche Strafrahmen zur Anwendung, auf deren Grundlage die Einzelstrafen bemessen werden<sup>7</sup>. Ist nunmehr der bemessungserhebliche Strafrahmen festgelegt, findet anschließend die Strafzumessung im engeren Sinne statt<sup>8</sup>. Nach Maßgabe des § 46 StGB ist innerhalb des Rahmens der Punkt zu finden, an dem das notwendige Korrespondenzverhältnis zur Tatschuld unter Berücksichtigung des Resozialisierungszwecks besteht. Dabei ist das Maß der „Strafzumessungsschuld“ in ein Maß der Strafe umzusetzen<sup>9</sup>. Zu diesem Zweck sind die strafzumessungserheblichen Umstände zu gewichten und gegeneinander abzuwägen, § 46 Abs. 2 S. 1 StGB. Welche Tatsachen strafzumessungserheblich sind, ist in § 46 Abs. 3 StGB lediglich negativ definiert. Positiv enthält § 46 Abs. 2 S. 2 StGB einen nicht abschließenden („namentlich“)<sup>10</sup> und für den konkreten Fall unverbindlichen Kriterienkatalog, dessen Bestandteile zudem ambivalent sind<sup>11</sup>. „Medien“ sind in ihm nicht explizit erwähnt. Gleichwohl können Tatsachen mit Medienbezug strafzumessungsrelevante Umstände sein.

## ***2. Einbeziehung von Medien in die Tat als Strafzumessungs-Umstand***

### **a) Verschuldete Auswirkungen der Tat**

- 2 Straftaten mit Ingredienzien eines Sensationseignisses ziehen naturgemäß ein starkes Interesse der Allgemeinheit und intensive Anteilnahme der Medien auf sich<sup>12</sup>. Vor allem wenn Täter oder/und Opfer in einem gesellschaftlichen Segment beheimatet sind, das man als „Prominenz“ bezeichnen kann, läuft der Medienbetrieb auf Hochtouren. Dasselbe lässt sich bei spektakulären Kriminalfällen wie z. B. den „Amokläufen“ oder terroristischen Anschlägen der jüngsten Vergangenheit beobachten. In die Nähe des Strafzumessungsgesichtspunkts „verschuldete Auswirkungen

<sup>6</sup> Die Absätze 3 und 4 normieren Qualifikationstatbestände, *Lackner/Kühl*, § 177 Rn. 12.

<sup>7</sup> *Deiters*, Strafzumessung bei mehrfach begründeter Strafbarkeit, S. 15; *Jescheck/Weigend*, § 68 III 1 a.

<sup>8</sup> *MK-Franke*, § 46 Rn. 23.

<sup>9</sup> *Jescheck/Weigend*, § 82 IV 3.

<sup>10</sup> *Bunz Jura* 2011, 14 (16); *MK-Franke*, § 46 Rn. 24.

<sup>11</sup> *Bunz Jura* 2011, 14 (16).

<sup>12</sup> *Kühl*, FS Müller-Dietz, S. 401 (403).

der Tat“ (§ 46 Abs. 2 S. 2 4. Gr. StGB) gerät der Sachverhalt mit Medienkomponente dann, wenn z. B. ein exzessiver „Medienrummel“ für das Tatopfer, seine Angehörigen und sonstige dem Umfeld angehörende Personen zur Plage wird. Das Opfer, das das Bedürfnis hat, „in Ruhe gelassen zu werden“<sup>13</sup>, wird verfolgt, bedrängt und öffentlich zur Schau gestellt. Der durch die Tatbegehung unmittelbar verursachten primären<sup>14</sup> folgt damit eine „sekundäre Viktimisierung“<sup>15</sup> auf dem Fuße<sup>16</sup>. Dass es sich um Auswirkungen der Tat handelt, ist nicht zu bestreiten. Fraglich ist hingegen, ob und in welchem Umfang dies dem Täter zuzurechnen ist, also als von ihm „verschuldete“ Folge seiner Tat anzuerkennen ist. Wie bei der Zurechnung tatbestandsmäßiger Erfolge kommt es in objektiver Hinsicht darauf an, wie weit die Verantwortung des Täters für Verhalten Dritter reicht<sup>17</sup>. Opferbelastungen infolge Medientätigkeit, die sich im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Berichterstattungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 2 GG) bewegt, sind dem Täter, der das Medienecho mit seiner Tat ausgelöst hat, zuzurechnen. Für Exzesse kann er dagegen nicht verantwortlich gemacht werden. In subjektiver Hinsicht stellt sich die Frage, ob Vorsatz erforderlich ist oder Fahrlässigkeit ausreicht. Da es nicht um eine strafbarkeitsbe gründende Zurechnung, sondern um das Maß der Strafe geht, ist eine Orientierung an § 15 StGB<sup>18</sup> nicht sachangemessen. Näher liegt eine Analogie zu § 18 StGB, sodass Fahrlässigkeit – d. h. Voraussehbarkeit der Folgen<sup>19</sup> – als ausreichend zu betrachten ist<sup>20</sup>. Denn da § 46 Abs. 2 StGB zur quantitativen Berücksichtigungsfähigkeit der Kriterien im Strafzumessungsprozess keinerlei Vorgaben macht, ist gegen ein Höchstmaß an Flexibilität nichts einzuwenden. Ließe man aber nur vorsätzlich verursachte Auswirkungen zu, würden ohne Not Bestandteile des Sachverhalts aus der Strafzumessung ausgeschlossen, die isoliert betrachtet geringfügige Strafschärfungen rechtfertigen und als Element der Gesamtabwägung zusätzliches Gewicht bekommen könnten.

In diesem Zusammenhang ist aber auch eine gegenläufige Berücksichtigung von medienbezüglichen Tatauswirkungen denkbar. Diese können in der Strafzumessung auch zugunsten des Täters zu Buche schlagen<sup>21</sup>. Nicht ausgeschlossen ist, dass Medientätigkeit zu einer Linderung der durch die Tat erlittenen Schäden führt, z. B. indem durch Publizierung des Opferschicksals eine Welle von Sympathie- und Mitleidsbekundungen sowie materielle Wohltaten in Form von Spenden und Geschenken

3

<sup>13</sup> Meier, Kriminologie, § 8 Rn. 47.

<sup>14</sup> Göppinger, Kriminologie, § 11 Rn. 6.

<sup>15</sup> von Danwitz, Kriminologie, Rn. 242; Kropp JuS 2005, 686 (688); Meier, Kriminologie, § 8 Rn. 35; Neubacher, Kriminologie, 12. Kap. Rn. 3.

<sup>16</sup> Raschke ZJS 2011, 38 (43).

<sup>17</sup> MK-Franke, § 46 Rn. 38 bzgl. freiverantwortlicher Selbstgefährdung des Verletzten.

<sup>18</sup> Dafür Schönke/Schröder/Stree/Kinzig, § 46 Rn. 26 b.

<sup>19</sup> BGHt 10, 259 (263); Fischer, § 46 Rn. 34; MK-Franke, § 46 Rn. 37.

<sup>20</sup> BGHSt 10, 259 (264); Lackner/Kühl, § 46 Rn. 34.

<sup>21</sup> MK-Franke, § 46 Rn. 38.

ausgelöst werden. Ebenfalls hierher gehört der Fall, dass das Tatopfer selbst die Medien zum eigenen Vorteil nutzt, etwa das eigene Opfererlebnis als „Story“ vermarktet<sup>22</sup> oder über die Medien einen Rachefeldzug gegen den Täter führt<sup>23</sup>.

## b) Art der Ausführung

- 4 Bei dieser Gruppe von Strafzumessungstatsachen ist besonderes Augenmerk auf das Doppelverwertungsverbot (§ 46 Abs. 3 StGB) zu richten, da Einzelheiten des Tatbegehungsmodus zunächst einmal die Tatbestandsmäßigkeit des Verhaltens mitbegründen (z. B. listige Vorgehensweise bei § 234 StGB), als tatbestandliches Qualifizierungsmerkmal gesetzlich verarbeitet sind (z. B. Hinterlist bei § 224 Abs. 1 Nr. 3 StGB) oder als Teil eines Regelbeispiels das Vorliegen eines besonders schweren Falles anzeigen (z. B. Einbruch bei § 243 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StGB)<sup>24</sup>. Deswegen kann die tatwirkungsverstärkende Einbeziehung von Medien in die Tatausführung bei übler Nachrede (§ 186 StGB) und Verleumdung (§ 187 StGB) nicht als strafschärfender Umstand im Rahmen des § 46 Abs. 2 StGB verwertet werden. Denn die Tatbegehung durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3 StGB) entfaltet bei diesen Delikten ihre unrechtserhöhende Wirkung als Qualifikationsmerkmal schon auf der Tatbestandsebene. Jedoch lässt sich gerade aus diesen beiden Vorschriften die verallgemeinerungsfähige Wertung ableiten, dass bei einer Straftat mit Äußerungs- oder Kundgabeelement der Unrechtsgehalt erhöht wird, wenn bei der Verwirklichung dieses Handlungsmerkmals Medien benutzt werden. Wo dieser Umstand anders als bei §§ 186, 187 StGB noch nicht in den (Qualifikations-)Tatbestand einbezogen ist, bleibt seine Verwertbarkeit als Strafzumessungstatsache erhalten. Begeht der Täter also z. B. eine Beleidigung (§ 185 StGB), eine Verunglimpfung des Ansehens Verstorbener (§ 189 StGB) oder einen Geheimnisverrat (§ 203 StGB) über die Medien, kann dies als besonders schwerwiegende „Art der Ausführung“ zu einer Strafmaßanhebung führen.
- 5 Den wohl spektakulärsten Fall unmittelbarer Einbeziehung der Medien in eine Verbrechensbegehung erlebte die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1988 mit der „Geiselnahme von Gladbeck“. Vor laufender Fernsehkamera in die Mikrofone der anwesenden Reporter sprechend präsentierten sich die beiden Bankräuber und Geiselnahmer wie Fernsehstars und ließen die gesamte Zuschauergemeinde „live“ die Machtlosigkeit der Polizei gegenüber dieser bisher nie dagewesenen Erscheinungsform krimineller Niedertracht und Überheblichkeit miterleben. Diese perfide – den Staat und seine Rechtsordnung verhöhnende – Nutzung der Medien als Bühne ist ein Tatausführungskennzeichen, das in den einschlägigen Straftatbeständen keine Merkmalsqualität hat. Sie kann daher als „Art der Ausführung“ strafschärfend

<sup>22</sup> Meier, FS Rolinski, S. 425 (437).

<sup>23</sup> Instruktiv Freuding ZRP 2010, 159 ff.

<sup>24</sup> MK-Franke, § 46 Rn. 34.

berücksichtigt werden, was in dem Strafverfahren gegen die überlebenden<sup>25</sup> Geiselnnehmer wegen der aus § 211 StGB verwirkten lebenslangen Freiheitsstrafe allerdings nicht zur Geltung kam.

### **3. Begleitung des Strafverfahrens durch Medien als Strafzumessungs-Umstand**

Medienberichterstattung über Strafverfahren ist zur Information über Recht und Justiz, zur Entwicklung und Stabilisierung von Rechtsbewusstsein und zur Stärkung des Vertrauens in die Rechtsordnung und die zu ihrer praktischen Handhabung berufenen Vertreter des Staates eine wertvolle Einrichtung, auf die eine rechtsstaatlich und demokratisch verfasste Gesellschaft nicht verzichten kann<sup>26</sup>. Andererseits kann mit dem Gebrauch dieses Instruments auch beträchtlicher Schaden angerichtet werden<sup>27</sup>. *Heinrich Böll* hat mit „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ ein eindrucksvolles Beispiel für die zerstörerische Kraft skrupellos und menschenverachtend eingesetzter Medienmacht geschaffen. Insbesondere eine öffentliche mediale „Vorverurteilung“ des Beschuldigten ist ein Phänomen, dessen rechtliche Behandlung schwierig und umstritten ist. Zwar hat die Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 MRK) für Privatpersonen und damit auch für die Unternehmen der Medienbranche und ihre Mitarbeiter keine unmittelbar verpflichtende Wirkung<sup>28</sup>. Dennoch entfaltet dieses Fundamentalprinzip einer fairen Strafrechtspflege bei der Konkretisierung des Persönlichkeitsrechts und der Bestimmung der daraus abzuleitenden Schranken zulässiger Prozessberichterstattung eine erhebliche Ausstrahlungswirkung („mittelbare Drittwirkung“)<sup>29</sup>. Der Respekt vor dem noch nicht verurteilten Beschuldigten und vor dem allein zur Entscheidung über Schuld oder Unschuld berufenen Strafgericht gebietet eine entsprechende Zurückhaltung und Mäßigung. Dem gerichtlichen Urteil darf nicht vorgegriffen werden, der Beschuldigte nicht vorschnell als schuldig an den Pranger gestellt werden. Welche rechtlichen Konsequenzen in dem Strafverfahren die Missachtung dieser Begrenzungen hat, ist umstritten. Der am weitesten gehende Vorschlag, ein Verfahrenshindernis wegen Unmöglichkeit einer fairen Verfahrensfortsetzung anzuerkennen und das Strafverfahren gegen den von den Medien

6

<sup>25</sup> Bekanntlich war der Haupttäter bei der polizeilichen Befreiungsaktion – ebenso wie eine der Geiseln – getötet worden.

<sup>26</sup> *Kühl*, FS Müller-Dietz, S. 401 (403).

<sup>27</sup> *Heinrich*, Medienstrafrecht, Rn. 394; *Roxin*, FS Münch. Jur. Gesellschaft, S. 97.

<sup>28</sup> *Bornkamm* NStZ 1983, 102 (104); *Roxin* NStZ 1991, 153 (156); *Weigend*, FS Rolinski, S. 253 (267).

<sup>29</sup> *Barrot* ZJS 2010, 701 (703); *Bornkamm* NStZ 1983, 102 (104); *Hassemer* NJW 1985, 1921 (1923); *Kühl*, FS Müller-Dietz, S. 401 (413); *Lettl* WRP 2005, 1045 (1072, 1075); *Marxen* GA 1980, 365 (373); *Raschke* ZJS 2011, 38 (41); *Roxin*, FS Münch. Jur. Gesellschaft, S. 97 (98); *Roxin/Schünemann*, Strafverfahrensrecht, § 18 Rn. 20 ff.

vorverurteilten Beschuldigten einzustellen<sup>30</sup>, hat wenig Zuspruch gefunden<sup>31</sup>. Das ist richtig, da anderenfalls den Medien ein nicht mehr hinnehmbares Maß an Einfluss auf den Gang des Verfahrens eingeräumt würde. Vor allem der gewissen- und würdelosen Boulevardpresse – die ebenso wie die „seriöse“ Presse aus Art. 5 Abs. 1 GG ein Recht auf Kriminalberichterstattung ableiten kann<sup>32</sup> – würde damit ein juristischer Hebel in die Hand gegeben, um ein Verfahren zum „Kippen“ zu bringen<sup>33</sup>. Zudem würde die Verfahrenseinstellung dem Beschuldigten, der unschuldig ist und Rehabilitation nur durch einen Freispruch erlangen könnte, nichts nützen<sup>34</sup>. Dagegen stößt auf mehr Sympathie die Ansicht, dass extreme Verletzungen des Persönlichkeitsrechts durch die Medien dem Beschuldigten bei der Strafzumessung sanktionsmildernd gutgeschrieben werden müssen<sup>35</sup>. Im Detail ist hier aber vieles offen und streitig. So stößt beispielsweise der in der BGH-Rechtsprechung vertretene „Prominenten-Malus“, wonach Personen des öffentlichen Lebens, die ohnehin stärker unter medialer Beobachtung stehen, auch im Falle eines Strafverfahrens mehr ertragen müssten als „Normalverbraucher“<sup>36</sup>, in der Literatur nicht auf ungeteilte Zustimmung<sup>37</sup>. Streiten kann man auch über die These, dass einem Beschuldigten, der selbst offensiv Medienpräsenz sucht, um daraus Vorteile für sich zu erwirken, auf der anderen Seite ein größeres Maß an medialer Bloßstellung zugemutet werden kann. Dogmatisch lässt sich die grundsätzliche strafmildernde Berücksichtigung aus dem Gedanken des § 60 S. 1 StGB herleiten<sup>38</sup>. Wenn die Berichterstattung zum „Pranger“ wird, hat der Beschuldigte einen Teil des verdienten Strafübels bereits erlitten, bevor er verurteilt worden ist<sup>39</sup>. Zuzugeben ist jedoch auch, dass die Strafmilderungslösung einem wegen Mordes Verurteilten wenig nützt, da kein Gericht bereit ein wird, allein wegen unerträglicher Vorverurteilung durch die Medien von der gesetzlich verabsolutierten lebenslangen Freiheitsstrafe (§ 211 Abs. 1 StGB) abzurücken<sup>40</sup>.

<sup>30</sup> Kühl, FS Müller-Dietz, S. 401 (407); Trüg NJW 2011, 1040 (1045); Wohlers StV 2005, 186 (190).

<sup>31</sup> Hillenkamp NJW 1989, 2841 (2845); Meyer-Göbner, Einl. Rn. 148 b.

<sup>32</sup> Kühl, FS Müller-Dietz, S. 401 (409).

<sup>33</sup> Hassemer NJW 1985, 1921 (1928); Roxin NSTZ 1991, 153 (154); ders., FS Münch. Jur. Gesellschaft, S. 97 (101); Roxin/Schünemann, Strafverfahrensrecht, § 8 Rn. 17, § 18 Rn. 25; Weigend, FS Rolinski, S. 253 (271).

<sup>34</sup> Roxin NSTZ 1991, 153 (154), der aus diesem Grund auch die Strafmilderung für ein untaugliches Mittel hält.

<sup>35</sup> Gross, FS Hanack, S. 39 (53); Hassemer NJW 1985, 1921 (1928); F. Knauer GA 2009, 541 (546 ff.); Weiler ZRP 1995, 130 (135); Wohlers StV 2005, 186 (191).

<sup>36</sup> BGHSt 52, 220 (222).

<sup>37</sup> F. Knauer, GA 2009, 541 (549); Streng JR 2009, 78 (79).

<sup>38</sup> Bunz Jura 2011, 14 (17); gegen eine analoge Anwendung des § 60 S. 1 StGB F. Knauer GA 2009, 541 (546).

<sup>39</sup> F. Knauer GA 2009, 541 (547).

<sup>40</sup> Weiler ZRP 1995, 130 (133).

## II. Öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung

Eine spezielle Sanktionsart, zu deren Wesen ein unmittelbarer Medienbezug gehört, ist die öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung. Denn sowohl die zugrunde liegende Tat als auch die Sanktion selbst kennzeichnet ein Ausführungsmodus, bei dem ein Öffentlichkeit schaffendes Medium verwendet wird. 7

### 1. Wesen und Rechtsgrundlagen

Die öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung eines Straftäters dient der Rehabilitierung des durch die zugrundeliegende Tat diffamierten Opfers. Sie hat Genugtuungsfunktion<sup>41</sup> und soll den durch die Tat beschädigten Ruf des Opfers wiederherstellen<sup>42</sup>. Deshalb sieht das Strafrecht diese Nebenfolge<sup>43</sup> nur bei Straftaten mit entsprechender Angriffsrichtung vor<sup>44</sup>. Im StGB begegnet man dieser Sanktion in § 103 Abs. 2 (iVm § 103 Abs. 1), § 165 (iVm § 164) und § 200 (iVm §§ 185 ff.; dagegen nicht §§ 90, 90 b<sup>45</sup>). Anwendungsfälle des Nebenstrafrechts sind § 111 UrhG, § 143 Abs. 6 MarkenG, § 142 Abs. 6 PatG, § 25 Abs. 6 S. 1 GebrMG, § 10 Abs. 6 S. 1 HalblSchG, § 39 Abs. 6 S. 1 SortSchG sowie §§ 51 Abs. 6 S. 1, 65 Abs. 2 GeschmMG. Wegen ihres ungünstigen Einflusses auf erzieherische Bemühungen gegenüber einem jugendlichen Straftäter ist die Verurteilungsbekanntgabe bei der Anwendung von Jugendstrafrecht ausgeschlossen, §§ 6 Abs. 1 S. 2, 105 Abs. 1 JGG<sup>46</sup>. 8

### 2. Voraussetzungen

#### a) Anlasstat

Die zugrunde liegende Tat muss zu einer „Verurteilung“ geführt haben und es muss „auf Strafe erkannt“ worden sein. Das bedeutet zweierlei: In materiell-strafrechtlicher Hinsicht ist eine alle Strafbarkeitsvoraussetzungen einschließlich der Schuld erfüllende Tat erforderlich. Die tatbestandsmäßige und rechtswidrige 9

<sup>41</sup> MK-Zopfs, § 165 Rn. 1; SSW-Sinn, § 200 Rn. 2.

<sup>42</sup> Krit. Schomburg ZRP 1986, 65 (67): „Das ‘Brandmarken’ von Tätern ist mit dem Menschenbild des Grundgesetzes nicht vereinbar“.

<sup>43</sup> Schöneke/Schröder/Lenckner/Bosch, § 165 Rn. 1; Schricker/Loewenheim/Haß, Urheberrecht, 4. Aufl. 2010, § 111 Rn. 1; SSW-Jeßberger, § 165 Rn. 1; SSW-Sinn, § 200 Rn. 1; a. A. BGHSt 10, 306 (310): Nebenstrafe; MK-Regge, § 200 Rn. 1.

<sup>44</sup> Ein gesetzgeberisches Gesamtkonzept hinter den Einzelregelungen vermisst Schomburg ZRP 1986, 65 (67).

<sup>45</sup> NK-Zaczyk, § 200 Rn. 2; a. A. MK-Regge, § 200 Rn. 4.

<sup>46</sup> Laubenthal/Baier, Jugendstrafrecht, Rn. 425: „Prangerwirkung“.

Tat eines Schuldunfähigen (§ 20 StGB) reicht also nicht. Keine Bestrafung ist die Verwarnung mit Strafvorbehalt (§ 59 StGB)<sup>47</sup>. In strafprozessualer Hinsicht muss es zu einer gerichtlichen Entscheidung gekommen sein, in deren Tenor die Schuld des Täters festgestellt wird. Wird das Verfahren wegen Verjährung eingestellt und in der Entscheidungsbegründung inzident erklärt, dass der Angeklagte eine strafbare Tat begangen habe, rechtfertigt dies eine öffentliche Bekanntgabe dieser Entscheidung nicht. Ebensowenig genügt ein im selbständigen Verfahren gem. §§ 444 Abs. 3 S. 1, 441 Abs. 2 StPO ergangener Beschluss, mit dem das Gericht einer juristischen Person oder sonstigen Personenvereinigung eine Geldbuße gem. § 30 OWiG anlässlich einer Tat auferlegt, die von einer Organperson begangen wurde und die ihrerseits eine öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung gerechtfertigt hätte. Der Verurteilung durch Sachurteil iSd 260 StPO gleichgestellt ist die Straffestsetzung durch Erlass eines Strafbefehls, § 407 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StPO. Wird das Strafverfahren gem. § 153 a StPO eingestellt, kommt es weder zu einer Verurteilung noch zu einer Bestrafung. Für eine öffentliche Bekanntgabe fehlt daher bereits ein Bekanntgabegegenstand.

- 10** Die Verurteilung muss unmittelbar auf einer Strafvorschrift beruhen, auf die die oben (Rn. 8) erwähnten Sanktionsvorschriften verweisen. Ausreichend ist Strafbarkeit wegen Teilnahme (§§ 26, 27 StGB). Dagegen rechtfertigt es keine öffentliche Urteilsbekanntgabe, wenn ein verantwortlicher Redakteur einer Zeitung auf der Grundlage des besonderen presserechtlichen Straftatbestands (z. B. § 14 Abs. 2 BbgPG) verurteilt wird, weil er seine Verpflichtung verletzt hat, das Druckwerk von einem strafbaren Inhalt freizuhalten, der seinerseits gem. § 164 StGB oder §§ 185 ff. StGB geeignet wäre, die Voraussetzungen des § 165 StGB oder § 200 StGB zu erfüllen<sup>48</sup>.

## **b) Tatbegehungsart**

- 11** Bei den Delikten des StGB ist als besondere Form der Tatbestandsverwirklichung öffentliche Begehung oder Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3 StGB) Sanktionsvoraussetzung. § 103 Abs. 2 StGB fügt als dritte Variante die Begehung in einer (nichtöffentlichen) Versammlung hinzu. Auf diese Kennzeichen stellen die nebenstrafrechtlichen Vorschriften nicht ab. Jedoch handelt es sich dort um Deliktstypen, deren Charakteristikum darin besteht, dass sich der Täter einem größeren Personenkreis (z. B. § 143 Abs. 1 MarkenG: „im geschäftlichen Verkehr“) gegenüber die Rechtsstellung anmaßt, die dem Verletzten zusteht. Ein Bedürfnis nach öffentlicher Richtigstellung und Schadenswiedergutmachung besteht bei diesen Taten ebenso wie bei öffentlich oder durch Schriftenverbreitung begangenen Delikten.

<sup>47</sup> MK-Zopfs, § 165 Rn. 5; MK-Regge, § 200 Rn. 6; Schönke/Schröder/Lenckner/Bosch, § 165 Rn. 4; Schomburg ZRP 1986, 65.

<sup>48</sup> LK-Hilgendorf, § 200 Rn. 1.

### c) Bekanntgabegrund

Ein spezielles Bekanntgabeinteresse des Berechtigten ist in den im StGB geregelten Fällen nicht erforderlich. Die Straftat als solche ist Grund genug, dem Verletzten die Befugnis einzuräumen, die öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung zu verlangen. Anders ist die Rechtslage in den nebenstrafrechtlichen Fällen. § 111 S. 1 UrhG, § 143 Abs. 6 S. 1 MarkenG und § 142 Abs. 6 S. 1 PatG machen die Sanktion von einem berechtigten Interesse des Verletzten abhängig. Die Gesetzestexte stellen darauf ab, dass der Berechtigte das berechnete Interesse „dartut“. Daraus ist jedoch nicht zu schlussfolgern, dass der Berechnigte über die Antragstellung hinaus begründen muss, woraus er seine Berechnigung ableitet. Entscheidend und ausreichend ist, dass ein berechtigtes Interesse objektiv besteht und vom Gericht (an)erkannt wird<sup>49</sup>. 12

## 3. Verfahren

### a) Antrag

Die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung ist eine Folge der Straftat, die nicht von Amts wegen, sondern nur auf Antrag des Berechnigten angeordnet wird. Antragsberechnigt ist gem. §§ 165 Abs. 1, 200 Abs. 1, 103 Abs. 2 S. 1 iVm 200 Abs. 1 StGB, § 143 Abs. 6 S. 1 MarkenG, § 142 Abs. 6 S. 1 PatG, § 111 S. 1 UrhG, § 25 Abs. 6 S. 1 GebrMG, § 10 Abs. 6 S. 1 HalblSchG, § 39 Abs. 6 S. 1 SortSchG und §§ 51 Abs. 6 S. 1, 65 Abs. 2 GeschmMG der Verletzte. Dies ist im Fall des § 165 StGB nur der fälschlich Verdächtige und auch das nur, wenn er in die Tat nicht eingewilligt hat<sup>50</sup>. Bei Ehrverletzungsdelikten können auch sonstige Strafantragsberechnigte den Antrag stellen, § 200 Abs. 1 StGB. Damit wird auf § 194 StGB verwiesen. § 103 Abs. 2 S. 2 StGB räumt auch der Staatsanwaltschaft ein Antragsrecht ein. Da außer §§ 103 Abs. 1, 164 StGB alle der relevanten Delikte Privatklagedelikte (§ 374 Abs. 1 Nr. 2, Nr. 8 StPO) sind und zum Teil auch zum Anschluss als Nebenkläger berechnigten (§ 395 Abs. 1 Nr. 6 StPO), ist praktisch gewährleistet, dass der Antragsberechnigte an dem Verfahren teilnimmt und dort die Gelegenheit hat, den Antrag zu stellen. 13

### b) Anordnung

Wird der Antrag vom Berechnigten gestellt, ordnet das Gericht die öffentliche Bekanntgabe der Verurteilung an. Im Strafbefehlsverfahren muss die Art der Bekanntmachung bereits im Strafbefehlsantrag bezeichnet werden<sup>51</sup>. Das Gericht 14

<sup>49</sup> *Schricker/Loewenheim/Haß*, § 111 Rn. 6.

<sup>50</sup> *Schönke/Schröder/Lenckner/Bosch*, § 165 Rn. 5.

<sup>51</sup> *Meyer-Gößner*, § 407 Rn. 18.

erlässt den Strafbefehl dann wie beantragt. Inhaltlich ist bereits im Urteil zu bestimmen, auf welche Weise die Verurteilung öffentlich bekannt gemacht wird, §§ 103 Abs. 2 S. 1, 165 Abs. 2, 200 Abs. 2 S. 1 StGB, § 111 S. 2 UrhG, § 143 Abs. 6 S. 2 MarkenG, § 142 Abs. 6 S. 2 PatG, § 10 Abs. 6 S. 2 HalblSchG, § 39 Abs. 6 S. 2 SortSchG, § 25 Abs. 6 S. 2 GebrMG, §§ 51 Abs. 6 S. 2, 65 Abs. 2 GeschmMG<sup>52</sup>. Bei den Delikten des StGB soll die Bekanntgabe möglichst in demselben Medium erfolgen, mit dem auch die zugrunde liegende Straftat begangen wurde, § 200 Abs. 2 S. 2 StGB. Obwohl in § 200 Abs. 2 S. 2 StGB noch nicht erwähnt, wird man auch das Internet als Bekanntgabemedium einbeziehen können.

### c) Vollstreckung

- 15** Die Vollstreckung der Urteilsbekanntmachung ist in § 463 c StPO geregelt. Nachdem das Gericht die Bekanntmachung im Strafurteil oder im Strafbefehl angeordnet hat, wird diese Entscheidung dem Berechtigten zugestellt, § 463 c Abs. 1 StPO. Dieser hat danach einen Monat Zeit, um den Vollzug der Anordnung zu verlangen, § 463 c Abs. 2 StPO. Die Bekanntgabe erfolgt also nicht „automatisch“ infolge der gerichtlichen Anordnung<sup>53</sup>. Zuständig für die Vollziehung ist die Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde, § 451 StPO<sup>54</sup>. Gemäß § 31 Abs. 2 S. 1 RPflG wird diese Aufgabe vom Rechtspfleger wahrgenommen. Setzt der verpflichtete Verleger oder verantwortliche Redakteur die Anordnung nicht um, kann er vom Gericht mittels Zwangsgeld oder Zwangshaft dazu angehalten werden.

## III. Einziehung von Schriften

### 1. Allgemeines

- 16** Im Falle einer vorsätzlich begangenen Tat sieht § 74 StGB eine Rechtsfolge vor, die entweder strafähnlichen Charakter<sup>55</sup> hat oder Sicherungsmaßnahme ist<sup>56</sup>. Die strafähnliche Einziehung setzt eine schuldhaft Tat voraus<sup>57</sup> und richtet sich gegen den Täter oder Teilnehmer (§ 74 Abs. 2 Nr. 1 StGB) bzw. in bestimmten Fällen gegen einen Dritten, der in beteiligungsähnlicher Weise in die Tat involviert ist, § 74 a StGB<sup>58</sup>. Die Sicherungseinziehung ist unter den in § 74 Abs. 2 Nr. 2 StGB beschriebenen Voraussetzungen zulässig gegenüber einem Dritten, der zu der Tat in keiner

<sup>52</sup> Meyer-Goßner, § 260 Rn. 40.

<sup>53</sup> Schomburg ZRP 1986, 65 (66).

<sup>54</sup> Meyer-Goßner, § 463 c Rn. 3.

<sup>55</sup> Lackner/Kühl, § 74 Rn. 1.

<sup>56</sup> Lackner/Kühl, § 74 Rn. 2; MK-Joecks, § 74 Rn. 4.

<sup>57</sup> Eser, Die strafrechtlichen Sanktionen gegen das Eigentum, S. 210; MK-Joecks, § 74 Rn. 7.

<sup>58</sup> Krit. dazu Eser, S. 238 ff.

Beziehung steht, die eine Strafe oder strafähnliche Sanktion rechtfertigen würde. Gegenüber dem Täter oder Teilnehmer ist sie zulässig, wenn dessen Verhalten nicht schuldhaft war, § 74 Abs. 3 StGB. Da sich die Einziehung auf Gegenstände bezieht, die jemandem gehören oder zustehen, ist sie eine Sanktion gegen das Eigentum. Dieser Charakter manifestiert sich in der Wirkung der Einziehung, die darin besteht, dass das Eigentum an der eingezogenen Sache oder das eingezogene Recht mit Rechtskraft der anordnenden Entscheidung auf den Staat übergeht, § 74 e Abs. 1 StGB. Damit dieser enteignende Akt mit Art. 14 GG im Einklang steht, gewährt § 74 f. Abs. 1 StGB dem Betroffenen einen Anspruch auf Entschädigung, sofern er weder Täter noch Teilnehmer ist.

## 2. Einziehung gem. § 74 StGB

Objekt der Einziehung sind Gegenstände. Das sind in erster Linie Sachen iSd § 90 BGB, aber auch Rechte<sup>59</sup>. Dies erklärt, warum § 74 e Abs. 1 StGB neben dem – auf Sachen bezogenen – Eigentum noch das „eingezogene Recht“ erwähnt. Schriften iSd § 11 Abs. 3 StGB sind Sachen und daher einziehungsfähige Gegenstände. Der Tatbezug des Gegenstands, den § 74 Abs. 1 StGB voraussetzt, wird üblicherweise schlagwortartig mit den Begriffen „productum sceleris“<sup>60</sup> und „instrumentum sceleris“<sup>61</sup> gekennzeichnet. Der Gegenstand muss also entweder durch die Tat erzeugt worden oder zur Begehung der Tat oder deren Vorbereitung gebraucht worden oder für diesen Gebrauch bestimmt gewesen sein. Auch diese Voraussetzungen können durch Schriften erfüllt werden. Durch die Tat hervorgebracht – nämlich „hergestellt“ – ist z. B. eine volksverhetzende Schrift gem. § 130 Abs. 2 Nr. 1 d StGB oder eine pornographische Schrift gem. § 184 Abs. 1 Nr. 8 StGB. Gebraucht ist eine solche Schrift, wenn sie z. B. vorgeführt wurde, § 130 Abs. 2 Nr. 1 b StGB, § 184 Abs. 1 Nr. 2 StGB. Schriften, die in strafatbestandsmäßige Taten verstrickt sind, können also bereits auf der Grundlage des § 74 StGB eingezogen werden. Um die Besonderheit der Regelung des § 74 d StGB und den Unterschied zu § 74 StGB zu verstehen, ist darauf hinzuweisen, dass nach § 74 StGB jedes einzelne einzuziehende Exemplar sämtliche Einziehungsvoraussetzungen erfüllen muss<sup>62</sup>. Der in § 74 d Abs. 1 S. 1 StGB verwendete Konjunktiv („verwirklichen würde“) zeigt hingegen, dass auf der Grundlage dieser Norm auch Schriften eingezogen werden können, die selbst nicht in eine strafatbestandsmäßige Tat verwickelt gewesen sind<sup>63</sup>.

§ 74 StGB ist für Einziehungen im Medienbereich die einzige Rechtsgrundlage, soweit der einzuziehende Gegenstand keine Schrift iSd § 11 Abs. 3 StGB ist. Das betrifft vor allem Materialien, Geräte und Apparate, aus bzw. mit denen Schriften

<sup>59</sup> Lackner/Kühl, § 74 Rn. 4; MK-Joecks, § 74 Rn. 9; Schönke/Schröder/Eser, § 74 Rn. 6.

<sup>60</sup> Lackner/Kühl, § 74 Rn. 4; MK-Joecks, § 74 Rn. 10.

<sup>61</sup> Lackner/Kühl, § 74 Rn. 5; MK-Joecks, § 74 Rn. 12.

<sup>62</sup> MK-Joecks, § 74 Rn. 19; Schönke/Schröder/Eser, § 74 Rn. 15.

<sup>63</sup> MK-Joecks, § 74 d Rn. 1.

hergestellt werden. Diese Gegenstände werden zumindest zur Vorbereitung von Taten, die mittels Schriften begangen werden, gebraucht. Teilweise kommt es auf diese Funktion nicht an, weil eine spezielle Vorschrift ihre Einziehbarkeit für den Fall vorsieht, dass der Täter der Teilnehmer sie „verwendet“ hat, vgl. §§ 201 Abs. 4, 201 a Abs. 4 StGB<sup>64</sup>. Darüber hinaus ist § 74 StGB die ausschließliche Einziehungsgrundlage für Schriften, die nicht die speziellen Voraussetzungen des § 74 d StGB erfüllen, also insbesondere nicht im Hinblick auf ihren Inhalt inkriminiert sind<sup>65</sup>.

### 3. Einziehung gem. § 74 d StGB

- 19** Die besondere Schrifteneinziehung nach § 74 d StGB hat reinen Sicherungscharakter<sup>66</sup>, ist also keine strafähnliche Sanktion. Das erkennt man zum einen daran, dass – abweichend von § 74 Abs. 2 Nr. 1 StGB – die Eigentumsverhältnisse keine Rolle spielen<sup>67</sup> und zum anderen daran, dass als Anlass tat lediglich eine „rechtswidrige Tat“, also keine „Straftat“, erforderlich ist<sup>68</sup>. Tatobjekte sind Schriften iSd § 11 Abs. 3 StGB. Herstellungsmittel sind ebenfalls erfasst. Allerdings beschränkt § 74 d Abs. 1 S. 2 StGB insoweit die Rechtsfolge auf die mildere – vgl. § 74 b Abs. 2 S. 2 Nr. 1 StGB – Unbrauchbarmachung. Ein Eigentumsübergang auf den Staat (§ 74 e Abs. 1 StGB) findet also nicht statt<sup>69</sup>. Auch bezüglich der Schriften kann auf Einziehung verzichtet und eine weniger einschneidende Maßnahme getroffen werden, sofern dies ausreicht, § 74 d Abs. 5 StGB. Die Schriften müssen einen strafrechtlich relevanten Inhalt haben. Dieser muss so beschaffen sein, dass die vorsätzliche Verbreitung – oder gleichgestellte Handlung (z. B. Ausstellung, § 74 d Abs. 4, § 130 Abs. 2 Nr. 1 b StGB) – der Schrift gerade wegen dieses Inhalts eine Straftat wäre<sup>70</sup>. Hauptanwendungsgebiet des § 74 d StGB sind deshalb die sog. „Presseinhaltsdelikte“ (s. u. § 7 Rn. 17). Dabei ist nicht erforderlich, dass in der einschlägigen Strafvorschrift „Verbreiten“ ein Tatbestandsmerkmal ist (so z. B. in §§ 86, 86 a, 90, 90 a, 111, 130 Abs. 2 Nr. 1 a, 184, 219 a StGB). Daher kommt z. B. auch Beleidigung (§ 185 StGB) in Betracht. Dagegen scheiden Delikte aus, bei denen die Strafbarkeit des Verbreitens nicht auf dem Inhalt der Schrift, sondern durch die Tatsache, dass überhaupt verbreitet wird, beruht. Das betrifft z. B. §§ 201 Abs. 1 Nr. 2, 201 a Abs. 2, 3, 203, 206 sowie Urheberrechtsverletzungen gem. § 106 UrhG. Durch die Anknüpfungstat braucht lediglich ein Stück der Schrift verbreitet, ausgestellt, angeschlagen, vorgeführt oder in anderer Weise öffentlich zugänglich gemacht worden zu sein. Dann können auch alle anderen existierenden Stücke, deren Verbreitung in gleicher Weise

<sup>64</sup> Schönke/Schröder/Lenckner/Eisele, § 201 Rn. 39.

<sup>65</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 4.

<sup>66</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 1.

<sup>67</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 8.

<sup>68</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 7.

<sup>69</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 16.

<sup>70</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 6.

strafrechtswidrig wäre, eingezogen werden<sup>71</sup>. Soweit die Straftatbestandsmäßigkeit vom „Hinzutreten weiterer Tatumstände“ abhängig ist, ist die Einziehung ebenfalls möglich (§ 74 d Abs. 3 S. 1 StGB), jedoch durch die Voraussetzungen des § 74 d Abs. 3 S. 2 StGB eingeschränkt. Eigentum des Täters oder Teilnehmers ist keine Einziehungsvoraussetzung<sup>72</sup>. Stattdessen stellt § 74 d Abs. 2 StGB auf den Besitz der bei der Verbreitung oder deren Vorbereitung mitwirkenden Personen ab.

## 4. Verfahren

Die Einziehung wird in dem Strafurteil oder im Strafbefehl (§ 407 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StPO) angeordnet. Gehört die einzuziehende Sache nicht dem Täter oder Teilnehmer, ist der als Eigentümer in Betracht kommende Dritte an dem Verfahren zu beteiligen, § 431 Abs. 1 StPO. Kommt eine Bestrafung nicht in Betracht, weil die Anlasstat nicht schuldhaft begangen wurde (§ 74 Abs. 3 StGB) oder die Tat z. B. verjährt ist (§ 76 a Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StGB), kann die Einziehung selbständig angeordnet werden, § 76 a Abs. 1 StGB. Dieses selbständige Einziehungsverfahren richtet sich nach §§ 440, 441 StPO. Seine Einleitung und Durchführung unterliegt dem Opportunitätsprinzip und ist von einem Antrag der Staatsanwaltschaft abhängig<sup>73</sup>. Zur Sicherung der mit Rechtskraft der Entscheidung wirkenden Einziehung kann der Gegenstand bereits im Ermittlungsverfahren sichergestellt werden, §§ 111 b, 111 c StPO. Dabei sind für Schriften die Sonderregeln der §§ 111 m, 111 n StPO zu beachten.

20

## IV. Berufsverbot

### 1. Rechtsnatur

Begeht ein Medienschaffender im Zusammenhang mit seiner Berufsausübung eine Straftat, kann gegen ihn ein bis zu fünf Jahren dauerndes, im Extremfall lebenslangliches (§ 70 Abs. 1 S. 2 StGB) Berufsverbot verhängt werden, § 70 StGB. Diese Sanktion ist eine Maßregel der Besserung und Sicherung, § 61 Nr. 6 StGB, die als Folge einer Straftat neben der Strafe angeordnet werden kann, jedoch auch bei einer wegen Schuldunfähigkeit nicht strafbaren strafrechtswidrigen Tat möglich ist. Die strafrechtliche Sanktion ist im Bereich der Presse auch zulässig, wenn die ihr zugrunde liegende Tat zugleich die Voraussetzungen einer Grundrechtsverwirkung iSd Art. 18 GG erfüllt. Ein Vorrang des Bundesverfassungsgerichts und eine Sperrwirkung

21

<sup>71</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 7.

<sup>72</sup> Schönke/Schröder/Eser, § 74 d Rn. 8.

<sup>73</sup> BGHSt 37, 55 (69).

des Art. 18 GG im Verhältnis zu § 70 StGB ist nicht anzuerkennen<sup>74</sup>. Unzulässig ist das Berufsverbot im Falle der Anwendung von Jugendstrafrecht, vgl. § 6 Abs. 1 JGG<sup>75</sup>.

## 2. Voraussetzungen

- 22** Die Anlasstat ist entweder Straftat oder wegen Schuldunfähigkeit (§ 20 StGB) nicht strafbare rechtswidrige Tat (§ 11 Abs. 1 Nr. 5 StGB). Diese Tat muss in einem inneren (Missbrauchs- oder Pflichtverletzungs-)Zusammenhang mit Beruf oder Gewerbe des Täters stehen. Missbrauch ist die Ausnutzung der durch Beruf oder Gewerbe eröffneten Möglichkeiten und Gelegenheiten zur Straftatbegehung<sup>76</sup>. Bei den maßregelrelevanten Pflichtverletzungen handelt es sich um solche, die dem Täter obliegen, weil sein Beruf z. B. besondere Sorgfaltsanforderungen stellt. Da das Berufsverbot eine Maßregel mit Sicherungsfunktion ist<sup>77</sup>, muss ihre Anordnung zur Abwendung der Gefahr weiterer erheblicher rechtswidriger Taten erforderlich sein. Unzulässig ist die Maßregel gleichwohl, wenn sie unverhältnismäßig wäre, § 62 StGB<sup>78</sup>. In jedem Fall steht ihre Anordnung im Ermessen des Gerichts<sup>79</sup>.

## 3. Verfahren

- 23** Das Berufsverbot wird im Strafverfahren durch Strafurteil (§ 260 Abs. 2 StPO) angeordnet. Im Strafbefehlsverfahren ist das Berufsverbot nicht möglich, § 407 Abs. 2 StPO. Wirksam wird es mit Eintritt der Rechtskraft, § 70 Abs. 4 S. 1 StGB. Zuvor kann ein vorläufiges Berufsverbot angeordnet werden, § 132 a StPO. Liegt eine wegen Schuldunfähigkeit nicht strafbare Tat zugrunde, ist die selbständige Anordnung im Rahmen eines Sicherungsverfahrens (§ 413 StPO) möglich, § 71 Abs. 2 StGB<sup>80</sup>. Fällt die Gefahr, der mit dem Berufsverbot begegnet werden soll, weg, kann die Maßregel zur Bewährung ausgesetzt werden, § 70 a StGB. Der Verstoß gegen ein nicht zur Bewährung ausgesetztes Berufsverbot ist eine Straftat gem. § 145 c StGB.

<sup>74</sup> Heinrich, Medienstrafrecht, Rn. 82; MK-Bockemühl, § 70 Rn. 5; Schönke/Schröder/Stree/Kinzig, § 70 Rn. 4.

<sup>75</sup> Laubenthal/Baier, Jugendstrafrecht, Rn. 428; Meier/Rössner/Schöch, Jugendstrafrecht, § 6 Rn. 21; Ostendorf, Jugendstrafrecht, Rn. 259; Schaffstein/Beulke, Jugendstrafrecht, S. 91; Streng, Jugendstrafrecht, Rn. 250.

<sup>76</sup> Lackner/Kühl, § 70 Rn. 3.

<sup>77</sup> Lackner/Kühl, § 70 Rn. 1; MK-Bockemühl, § 70 Rn. 2.

<sup>78</sup> MK-Bockemühl, § 70 Rn. 26.

<sup>79</sup> Heinrich, Medienstrafrecht, Rn. 78; Lackner/Kühl, § 70 Rn. 13; MK-Bockemühl, § 70 Rn. 25.

<sup>80</sup> MK-Bockemühl, § 70 Rn. 8.

## Literatur

- Barrot*, Die Unschuldsvermutung in der Rechtsprechung des EGMR, ZJS 2010, 701  
*Bunz*, Eine Einführung in die Grundlagen der Strafzumessung, Jura 2011, 14  
*Hassemer*, Vorverurteilung durch die Medien, NJW 1985, 1921  
*Kühl*, Unschuldsvermutung und Resozialisierungsinteresse als Grenzen der Kriminalberichterstattung, FS Müller-Dietz, 2001, S. 401  
*F. Knauer*, Bestrafung durch die Medien?, GA 2009, 541  
*Marxen*, Medienfreiheit und Unschuldsvermutung, GA 1980, 365  
*Meier*, Vom Verbrechensopfer zum Medienopfer?, FS Rolinski, 2002, S. 425  
*Neuling*, Strafjustiz und Medien – mediale Öffentlichkeit oder „justizielle Schweigepflicht“ im Ermittlungsverfahren? HRRS 2006, 94  
*Roxin*, Strafprozeß und Medien, in: Festschrift zum 30-jährigen Bestehen der Münchener Juristischen Gesellschaft, 1996, S. 97  
*Schomburg*, Die öffentliche Bekanntmachung einer strafrechtlichen Verurteilung, ZRP 1986, 65  
*Trüg*, Medienarbeit der Strafjustiz – Möglichkeiten und Grenzen, NJW 2011, 1040  
*Weigend*, Ermittlungsverfahren im Lichte der Medienöffentlichkeit?, FS Rolinski, 2002, S. 253  
*Wohlens*, Prozessuale Konsequenzen präjudizierender Medienberichterstattung, StV 2005, 186



<http://www.springer.com/978-3-642-17262-5>

Medienstrafrecht

Mitsch, W.

2012, XXIV, 328 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-642-17262-5